

Maurer: - Sehr geehrter Herr Lacota, es gibt schon viele Vertriebenenorganisationen in Europa, wozu noch eine weitere?

Lacota: Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn die EUFV als eine weitere Vertriebenenorganisation betrachtet oder beurteilt wird. Sie mit einer Landsmannschaft zu verwechseln, ist vielmehr ein großer Irrtum – und dies möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Die EUFV ist eine Schutz- und Schirmorganisation, die als unabhängiges Syndikat Vertriebener ganz Europas in erster Linie das satzungsgemäße Ziel hat, sich unmittelbar bei den Institutionen der Europäischen Union und der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass die Problematiken von Millionen Vertriebenen auf neue Weise und mit neuen Strategien in Angriff genommen werden. Es geht um ein Kernproblem Europas, das nicht länger verdrängt werden darf, weil es nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel-Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion nicht mehr nur ein nationales oder bilaterales Problem ist sondern das größte Hindernis auf dem Weg zu jenem einigen und friedlichen Miteinander, das uns allen so sehr am Herzen liegt.

Aus der Erkenntnis dieser Sachlage heraus ist die Überzeugung erwachsen, dass eine individuelle und territorial begrenzte Handhabung der Probleme eine Überwindung nationaler Bereiche nicht ermöglicht.

Meines Erachtens hat dieses Projekt nach den außergewöhnlichen, durch den Fall der Berliner Mauer ausgelösten Ereignissen schon zu lange auf sich warten lassen. Wäre zur Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands und des Zusammenbruchs des Kommunismus bereits die EUFV gegründet und sofort gehandelt worden, dann wären wir jetzt schon ein gutes Stück weiter.

Maurer - Vertriebene und Flüchtlinge haben oft unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Wie wird die EUFV diesem Unterschied gerecht?

Lacota: Die EUFV sieht als ihre Grundlage weniger die Unterschiede zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen, die es zwar gibt, die aber weder ein Hindernis noch ein Problem darstellen, als vielmehr das gemeinsame Leid, das Millionen von Menschen miteinander verbindet: Die menschliche Grundrechte verletzende Vertreibung aus der angestammten Heimat und die gesetzeswidrige Enteignung sowie die Verweigerung der Anerkennung des Unrechts und der rechtmäßig zustehenden und unabdingbaren Wiedergutmachung seitens der Verantwortlichen.

Unsere Bemühungen in den ersten vier Monaten unserer Tätigkeit richteten sich daher auf die Erwartungen der Vertriebenen und ihrer Organisationen, die von der Anerkennung des Rückkehrrechts – unabhängig von wem dieses Verlangen ausgeht – über die Rückerstattung oder Entschädigung all derer, deren Privateigentum beschlagnahmt oder verstaatlicht wurde, bis zur Anerkennung des Völkermordes durch die Auslöschung ganzer Völker und die Vernichtung aller Spuren oft Jahrhunderte und sogar Jahrtausende alter Kulturen. Dies ist das doppelgesichtige Europa, in dem man sich einerseits zwar richtigerweise für Tibet und gegen die chinesische Militärdiktatur einsetzt, es andererseits aber ablehnt, sich im eigenen Haus um das enorme Hindernis zu kümmern, das den Weg in die so oft und gern gepriesene Einigkeit und Brüderlichkeit versperrt.

Maurer: - Wieviele Menschen repräsentiert ihre Organisation?

Lacota: In der EUFV sind elf Organisationen vertreten, die vom Ostsee- bis zum Mittelmeerraum reichen und ihrerseits die Interessen von Millionen von Menschen vertreten, die Opfer von Zwangsmassnahmen und wilden Vertreibungen mit dem eindeutigen und alleinigen Ziel durchgreifender ethnischer Säuberung geworden sind; ein Ziel, das ohne Zweifel erreicht worden ist. Da jede unserer Mitgliedsorganisationen

unmittelbare Kontakte zu ihren jeweiligen Mitgliedern pflegt, kann mit Fug und Recht gesagt werden, dass die EUFV Hunderttausende europäischer Vertriebener vertritt. Von grundlegender Bedeutung ist jedoch, dass diese neue Organisation in Brüssel von den einschlägigen Institutionen als spezifisches Syndikat anerkannt werden wird, das auf europäischer Ebene bislang fehlte und das sich durch eine ihm eigene Schirm- und Schutzfunktion kennzeichnet, wie dies etwa bei Gewerkschaften von Arbeitnehmern oder gewerblichen Verbänden der Fall ist. Auf gleiche Weise werden Flüchtlinge und Vertriebene künftig über eine eigene europäische Struktur verfügen.

Maurer : - Was haben Sie bisher erreicht?

Lacota : Die EUFV konnte ihre eigentliche Tätigkeit erst Ende Januar aufnehmen. Bis dahin waren verschiedene notarielle Vorgänge erforderlich, um die Union beim italienischen Außenministerium als gemeinnützige, internationale Interessen vertretende Vereinigung zu registrieren; ein Status, den sie nach italienischem Recht nunmehr genießt. Im Februar wurde uns die Anerkennung der Regierung Zyperns verbunden mit der Zusage zuteil, unsere Tätigkeiten bei den einschlägigen europäischen Institutionen zu unterstützen. In Italien erhielten wir bereits die Anerkennung zweier Regionen und einiger Stadtverwaltungen mehrsprachiger Gebiete und in Frankreich laufen Verhandlungen, um seit verganginem Jahr bestehende Kontakte zu konkretisieren. Daneben liegen uns zahlreiche Beitrittsanträge vor, die Organisationen aus Polen, Estland, der Ukraine und dem Kaukasus betreffen und deren Prüfung Gegenstand der kommenden Sitzung des Generalrats in Wien sein wird.

Maurer : - Warum finden Anliegen der Vertriebenen auf europäischer Ebene nur selten Gehör?

Lacota : Unsere Problematiken müssen die Grenzen des nationalen Bereichs überwinden, weil man andernfalls – lassen Sie mich dies bitte mit einem sehr anschaulichen, italienischen Ausdruck sagen – keine Spinne aus ihrem Loch holt. Eine grundlegende Voraussetzung ist die Anerkennung der Tatsache, dass die Probleme von Millionen Europäern nicht länger ein nationales Anliegen bzw. Gegenstand bi- oder trilateraler Beziehungen sein können, bei denen die Staaten als gegensätzliche Verhandlungsteilnehmer betrachtet werden. Europa muss die Verantwortung für diese Problematiken auf europäischer Ebene übernehmen. Ein BdV oder eine Union der Istrien oder irgendeine andere Einzelorganisation oder ein Verband können nur dann Erfolg haben, wenn sie ihre Kräfte und Ressourcen zu einem Syndikat d.h. zu einer internationalen Interessensvertretung vereinen, die unser aller Recht ist. Nur wenn sich die Vielzahl der nationalen Vertriebenenvereinigungen und Verbände zu einer einzigen Körperschaft zusammenschließt, werden wir die Kraft einer Lobby besitzen die nötig ist, um eine Wende herbei zu führen und das zu erreichen, was einzelne Staaten nicht erreichen können oder – besser gesagt – nicht erreichen wollen. Aus dieser Sicht ist die EUFV eine greifbare Chance für alle, die sinnlosen Gespräche in den eigenen vier Wänden hinter sich zu lassen.

Maurer : - Ist es ein Unterschied, ob ein Vertriebener Deutscher ist oder nicht?

Lacota : Theoretisch gibt es keinen Unterschied. Man kann aber auch nicht ignorieren, dass mehr als 14 Millionen Deutsche nach dem Ende des Krieges aus ihrer Heimat vertrieben wurden und deshalb ist es kein Zufall, dass die deutschen Vertriebenenorganisationen, auch innerhalb der EUFV, die größten sind.

Maurer : - Die Sudetendeutschen haben mit Bernd Posselt sogar ihren höchsten Vertreter im Europaparlament. Arbeiten Sie mit ihm zusammen?

Lacota: Ich kann nicht sagen, dass es mit Bernd Posselt eine Zusammenarbeit gäbe. Wenn ich ehrlich sein soll, dann habe ich den Eindruck, dass die Gründungsphase der EUFV im vergangenen Jahr nicht mit Wohlwollen beobachtet wurde, auch wenn ich sagen muss, dass es außer einer langanhaltenden Gleichgültigkeit nicht die eindeutige und unkluge Opposition gab, wie sie der BdV an den Tag gelegt hat. Ich glaube, dass sich Posselt auf Grund seiner Erfahrungen als EU-Parlamentarier der seriösen Eigenschaften und der Möglichkeiten des Projektes bewusst geworden ist, was ein erstes gezieltes formelles Gespräch bestätigt, das im vergangenen Januar stattfand und an dem auch der neu gewählte Vorsitzende Pany teilgenommen hat. Es ist zu hoffen, dass dieser Kontakt zum kurzfristigen Beitritt des SL-Bundesverbandes zur EUFV führt.

Posselt und der Vorstand dieser Organisation, die eine der bedeutsamsten Europas ist, würden einen schwerwiegenden Fehler begehen, wenn sie sich selbst ohne einen realen und berechtigten Grund aus der EUFV ausschließen, denn an dem Wachstumsprozess der sich gegenwärtig stark entwickelnden EUFV nicht teilnehmen bedeutet, dass die Verantwortlichen den Veränderungen der Zeit nicht gewachsen und nicht in der Lage sind, die führende Rolle zu spielen, die den großen Vereinigungen wie der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusteht. Dass der Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft nicht unter den Gründungsmitgliedern der EUFV war, hat das Image ihrer Organisation beeinträchtigt und wird es auch weiterhin tun.

Maurer: - Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich hat soeben ihren Beitritt zur EUFV ratifiziert. Der Bund deutscher Vertriebener (BdV) hat sich gegen einen Beitritt entschieden. Begründung: Rechtsextreme Gruppierungen hätten bei der Gründung der EUFV mitgemischt und in rechtsextremen Kreisen sei für die EUFV Werbung gemacht worden. Was sagen Sie dazu.

Lacota: Ich habe von Anfang an, bereits während der ersten Kontakte im Jahr 2006, bei den Führungskräften der österreichischen Organisationen großes Verantwortungsbewusstsein verbunden mit Weitsicht angetroffen und festgestellt, dass man die Notwendigkeit einer Tätigkeit auf höherem Niveau sofort erkannt und sich an der Gründungsphase der EUFV beteiligt hat. Dadurch wurde ein bedeutsamer Beitrag geleistet, ohne sich durch politische Instrumentalisierungen oder gar durch Kritiken beeinflussen zu lassen, die die angebliche Anwesenheit von Gruppierungen der extremen Rechten als Vorwand benutzt haben.

Was diese Angelegenheit betrifft, die lange Zeit für Verleumdungen benutzt wurde, so ist klar geworden, dass die Beschuldigungen und versuchten Diffamierungen sich als Bluff erwiesen haben, mit anderen Worten als ein politisches Manöver nach italienischer Art – wie wir in meinem Land sagen – und das nach Meinung derjenigen, die es in die Welt gesetzt haben, wahrscheinlich zu schnell seine Wirkung verloren hat. Denn als eine Aussprache zwischen dem BdV und der EUFV stattfinden sollte, hat die Vorsitzende Frau Steinbach selbst das Handtuch geworfen und sich geweigert, mich in Frankfurt im Rahmen einer Versammlung der Landsmannschaften, zu der sie mich selbst eingeladen hatte, zu treffen. Dieses Verhalten bedarf keiner Erklärungen und kommentiert sich selbst.

Am ersten internationalen Kongress, der im März vergangenen Jahres von der von mir geleiteten *Unione degli Istriani* organisiert wurde, haben einige Vereinigungen oder Gruppierungen teilgenommen, die in Deutschland dem rechten Spektrum zugeordnet werden. Aber nur elf große und anerkannte Organisationen haben die Gründung der EUFV beschlossen und im Verlauf des Jahres 2007 an mehreren Arbeitstagen zur Abfassung des Statuts teilgenommen, ohne dass irgendeine dieser Gruppierungen oder ihrer Mitglieder anwesend gewesen wären.

Es ist eindeutig, dass das Verhalten von Frau Steinbach, das von den angeschlossenen Landsmannschaften oft nicht geteilt wurde, dem raschen Zustandekommen einer Zusammenarbeit nicht zuträglich ist. Ich bin jedoch von der Notwendigkeit eines Übereinkommens mit dem BdV überzeugt, wobei ich glaube, dass dies für den deutschen Verband wahrscheinlich von vordringlicherer Bedeutung ist.

Die EUFV ist eine seriöse Organisation und die Arbeit, die wir augenblicklich alle gemeinsam leisten, ist innovativ und seriös und hat das Ziel einer strategischen, integrierenden Beteiligung der europäischen Staaten außerhalb politischer Leitbilder, die ich in vielen Teilen Europas oft als sehr einflussreich erlebt habe. Daraus folgt, dass dieses Projekt nur seriösen Teilnehmern ohne hintergründige Absichten und ohne persönliches Profitdenken Raum bietet. Voraussetzung ist dafür jedoch zunächst, dass sich alle Landsmannschaften unserer Tätigkeiten und Ziele bewusst sind.

Maurer :- Können Sie ausschließen, dass in der EUFV rechtsextreme Gruppierungen aktiv sind?

Lacota : Natürlich kann ich das. Ich habe bereits gesagt, dass Gruppierungen des rechten Spektrums an der EUFV in keinerlei Form beteiligt sind. Es handelt sich um Verleumdungen und Falschaussagen, die mit realen Tatsachen nichts gemeinsam haben. Wenn jemand keine seriösen und stichhaltigen Argumente hat, dann ist er eben auf unkorrekte Vorgehensweisen angewiesen...

Maurer :- Wenn die Vorwürfe nicht stimmen, warum hält der BdV an seinem Boykott der EUFV fest?

Lacota : Ich glaube, dass Frau Steinbach – denn im Grunde handelt es sich um sie – in der EUFV zu Beginn eine konkurrierende Einrichtung und damit eine Gefahr gesehen hat, die zu bekämpfen ist. Das hat mich gewundert, denn für die Ausstellung *Erzwungene Wege*, die im Sommer 2006 in Berlin im Kronprinzenpalais eröffnet wurde, hatte ich ihr Originalgegenstände der istrischen Vertriebenen, über die unsere Vereinigung in großem Umfang verfügt – Möbel, Stühle, Haushaltsgerät, Bilder usw. – direkt aus Triest zukommen lassen und damit zur Einrichtung der Ausstellung einen entscheidenden Beitrag geleistet. Einen Teil dieser Gegenstände habe ich dem Zentrum gegen Vertreibungen geschenkt mit der Auflage, dass sie nach dessen Einrichtung ausgestellt werden.

Im Jahr 2005 hatte ich Frau Steinbach des Weiteren zum Tag der Erinnerung an die Vertreibung und die Opfer von Gewalttaten (eingesetzt per Gesetz am 10. Februar, dem Jahrestag des Friedensvertrages, mit dem Italien 1947 einen Großteil Istriens, Fiume und Zara Jugoslawien überließ) gemeinsam mit dem befreundeten Journalisten der FAZ Peter Schwarz nach Triest eingeladen. Bei dieser Gelegenheit hat sie vor einigen Tausend Istriern gesprochen und sich persönlich ein Bild von der seriösen Haltung und der Betriebsamkeit unserer italienischen Vertriebenenorganisation machen können.

Ich hoffe, die feindselige Haltung verwandelt sich bald in einen Dialog und in Aufgeschlossenheit gegenüber dem „europäischen Weg“, der meiner Meinung nach angesichts des demografischen Rückgangs der Zahl der Vertriebenen und nach mehr als 60 Jahren die letzte Chance ist, eine wenn auch nur teilweise Gerechtigkeit zu erlangen. Es wäre schwerwiegend, wenn der BdV ohne jeglichen stichhaltigen Grund auf seiner starren Position verharrte, denn dies würde bedeuten, dass er nicht nur nicht verstanden hat sondern auch, dass persönliche oder aber politische Gründe vorliegen, was für die Vertriebenen von großem Schaden wäre.

Maurer :- Kann es sein, dass es auch unter Vertriebenenvertretern so etwas wie Konkurrenz und Eifersüchtelei gibt?

Lacota : Sicherlich. Ich bin überzeugt, dass es innere Machtkämpfe zwischen unterschiedlichen Strömungen oder zwischen einzelnen Vertriebenenvertretern gegeben hat bzw. gibt; auf jeden Fall haben sie den Vertriebenen und ihren Erwartungen sehr geschadet. Ich kann sagen, dass die Situation in Italien anders ist. Die *Unione degli istriani*, deren Vorsitzender ich bin und die nach dem Stand vom Dezember 2007 in ganz Italien und in Europa 34.530 Mitglieder zählt, hat sich vor vielen Jahren von der politischen Einflussnahme befreit, die vor allem in den Jahren 1950 und 1960 über Hand genommen hatte, und hat in

den letzten Jahren absolute Freiheit und Autonomie gewonnen, was Ergebnisse möglich gemacht hat, die früher unvorstellbar gewesen wären.

Maurer : - Was brächte es in der Sache, wenn alle Vertriebenenverbände in Europa an einem Strang ziehen würden?

Lacota : Einigkeit macht stark. Das ist der Grundgedanke der EUFV. Ein Patronat der Vertriebenen mit starken Projekten und Zielen, aber vor allen Dingen mit starken Mitgliedsorganisationen, die sich in ihren Zielen identifizieren und zusammenarbeiten. Die Arbeit basiert, wie schon gesagt, auf einer präzisen Strategie, die gemeinsam festgelegt wurde und nun verfolgt wird. Europa und seine Institutionen muss sich – vor allen Dingen nach dem Abkommen von Lissabon im vergangenen Jahr - mit einem Problem konfrontieren, von dem es glaubte, es dadurch verdrängen zu können, dass es alle Schandtaten unter den Teppich gekehrt hat. Jetzt aber ist kein Platz mehr unter dem Teppich. Auch die russische Föderation, die sich immer stärker eingekreist sieht (Ausweitung der NATO, Unabhängigkeit des Kosovo, amerikanische Militärstützpunkte im ehemaligen Ostblock) hat begriffen, dass die Frage der Vertriebenen nicht länger hinaus geschoben werden kann und hat mit uns einen direkten Dialog begonnen.

Die EUFV ist nichts anderes als ein Gesprächspartner, der mit repräsentativer Autorität nach dem “kalten Krieg” zum Verhandlungstisch des “zweiten Friedens” auffordert, an dem die erforderlichen Maßnahmen gefunden werden müssen, um endlich 60 Jahre des Schweigens, der Geschichtsverfälschungen, der Verleumdungen und der Ungerechtigkeiten gegenüber Millionen von Bürgern des „gemeinsamen Hauses Europa“ wieder gutzumachen.

An dem Verhandlungstisch kann nicht eine einzelne Person sitzen, wenn das gleiche Leid Dutzenden europäischer Völker gemeinsam ist. Auf diesem Standpunkt zu verharren und sich nicht zu öffnen ist in hohem Maße schädlich und selbsterstörerisch. Wer jedoch wie ich an die Gerechtigkeit glaubt, weiß, dass der Augenblick günstig ist und ich bin überzeugt, dass die Verantwortlichen der deutschen Landsmannschaften und aller Vertriebenenvertretungen Europas sich der Bedeutung dieses Augenblickes bewusst sind und der EUFV als einziger existierender Organisation beitreten ohne damit ihre Selbständigkeit oder gar ihre Verfügungsgewalten zu verlieren.



**Karlspreis
an Petr Uhl**

(Seite 4)

**Interview mit
EUFV-General**

(Seite 5)

**Tribüne der
Meinungen**

(Seite 8)

Ungarn organisieren weltweite Protestaktion gegen Beneš-Dekrete

Ungarn in aller Welt rufen am 19. und am 22. April zu Protestkundgebungen gegen die Beneš-Dekrete auf. Der Anlaß: Am 20. September 2007 hat das Parlament der Slowakei die Beneš-Dekrete für unantastbar erklärt. Der internationale Aufschrei gegen diesen ungeheuerlichen Vorgang blieb aus, klagen die ungarischen Initiatoren der globalen Protestaktion. In einem Aufruf zu den Protesten heißt es wörtlich: „In welchem Europa, in was für einer Demokratie wollen wir leben? Welchen Weg geht diese Union? Werden nur noch politische und wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen, ist unsere Demokratie zur Beute von Parteien und Bürokratien geworden? Werden die Vertriebenen, Beraubten, Vergewaltigten und Ermordeten einem Konsens geopfert, der alle Schuld den Verlierern zuschreibt?“ Zu Recht seien nationalsozial-

istische Verbrecher verurteilt worden, doch sei die Verurteilung der Untaten des Kommunismus bis heute ausgeblieben. Es blieben auch ungesühnt die nationalistisch motivierten Verbrechen von Siegvölkern und solcher wie der Slowaken, die erst im letzten Augenblick die Seiten wechselten!

Weiter heißt es in dem Aufruf: „Wenn die Tschechische Republik und die Slowakei – als Mitglieder der EU – die Unantastbarkeit der Beneš-Dekrete wirklich durchsetzen, dann wird die Kollektivbestrafung überwiegend unschuldiger Menschen auch in Zukunft ein erlaubtes Verfahren innerhalb einer demokratischen Gesellschaft bleiben. Wenn wir schweigen, wird es heißen, Sudetendeutsche, Karpatendeutsche und Ungarn hätten ihre Schuld durch Schweigen eingestanden! Wollen wir das den Opfern, wollen wir das

unseren Kindern antun? Nein und nochmals Nein!“

Am 19. April 2008, um 11.00 Uhr, werden vor der slowakischen Botschaft in Wien, 1190 Armbrustergasse 24, vor dem Slowakischen Konsulat in München, Vollmannstraße 25 d, und vor slowakischen Vertretungen in der ganzen Welt – sogar in Australien – Protestkundgebungen stattfinden.

Am 22. April um 11.00 Uhr wird in Straßburg vor dem Europaparlamentsgebäude, ebenfalls begleitet von einer Demonstration, Vertretern des Europaparlaments eine Petition, mit jetzt schon mehreren tausend Unterschriften, übergeben. In der Petition werden die Aufhebung der Beneš-Dekrete und die Eigentumsrückgabe gefordert. Die SLÖ unterstützt die Petition sowie die Protestkundgebung in Wien.

SPÄT, ABER DOCH sind die Ungarn aufgewacht. Solange die große ungarische Minderheit in der Slowakei an der Regierung beteiligt war, hatten sich ihre Vertreter an ein inoffizielles Stillhalteabkommen gehalten, demzufolge die Beneš-Dekrete nicht thematisiert werden sollten. Fragen der moralischen und materiellen Wiedergutmachung spielten daher in der slowakischen Politik und auch in den nachbarschaftlichen Kontakten keine Rolle. Es war den Karpatendeutschen vorbehalten geblieben, als kleine Minderheit auf ziemlich verlorenem Posten gegen die Dekrete und deren Nachwirkungen aufzutreten.

ERST ALS SICH unter den Ungarn – nicht nur denen in der Slowakei, sondern auch im Stammland selbst – Unmut zu regen begann und manche wohl erst dadurch erfahren haben, daß die Beneš-Dekrete keinesfalls nur gegen Deutsche gerichtet waren, wurde daraus in der Slowakei ein Thema. Und die Regierung dort reagierte nach tschechischem Muster: Sie erklärte die Dekrete im vergangenen Herbst per Parlamentsbeschluß für unantastbar. Der nach einem fast gleichlautenden Beschluß in Prag ausgebliebene Aufschrei der sogenannten Wertegemeinschaft Europa, mußte Preßburg zu der Einschätzung verleiten, daß es nichts zu befürchten haben werde. Und genauso ist es ja auch gekommen. Allerdings mit einem feinen Unterschied: Während die deutsche und die österreichische Bundesregierung mit keinem Mucks auf den seinerzeitigen Affront Prags gegen hunderttausende deutsche und österreichische Staatsbürger reagierte, nahm die ungarische Regierung den unfreundlichen slowakischen Akt nicht stillschweigend hin, sondern legte offiziellen Protest ein.

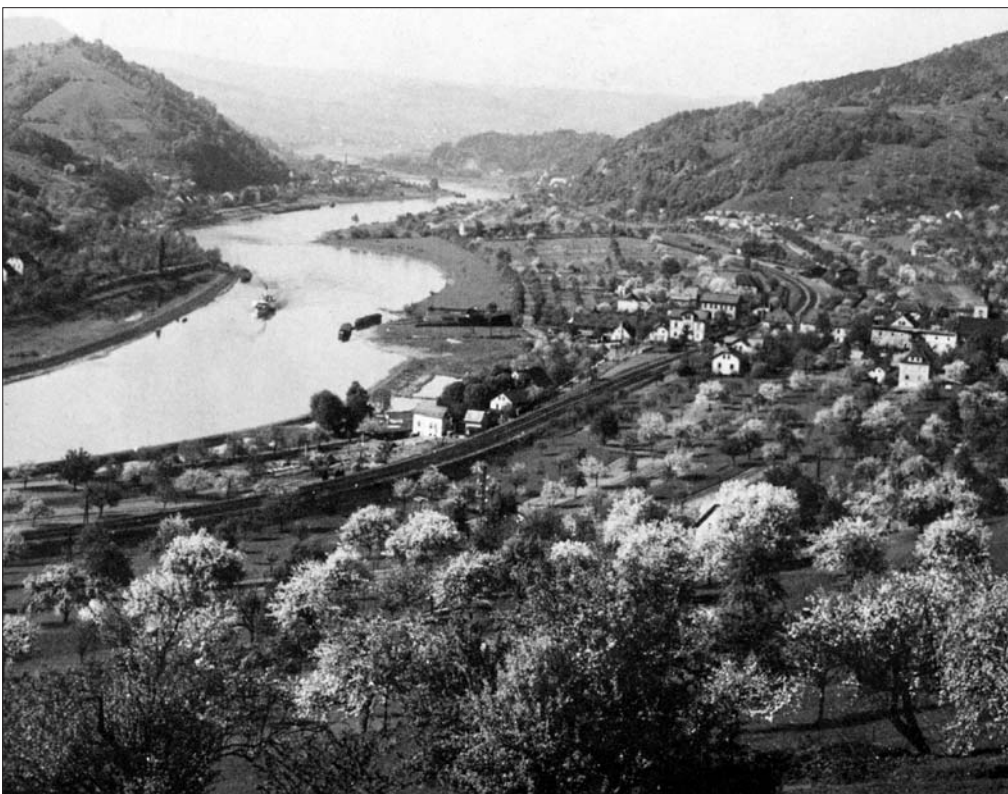
SEITHER MELDEN SICH die Ungarn mit einem Elan zur Wort, der auch den Sudetendeutschen nicht schlecht anstehen würde.

IST ES ABER nicht schon viel zu spät? Tatsächlich scheint der Zug abgefahren. Das Europäische Parlament hat seine eigenen Beschlüsse vergessen: 1999 hatte es die Tschechische Regierung aufgefordert, „fortbestehende Gesetze und Dekrete aus dem Jahre 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung einzelner Volksgruppen aus der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen.“ Prag tat das Gegenteil, ohne daß aus Straßburg ein Wort der Kritik gekommen wäre. Die Europäische Kommission, die sonst zu allem möglichen ihren Senf dazugibt, hatte sich im vergangenen Herbst in dieser Frage ausdrücklich für unzuständig erklärt. Und gibt es nicht sogar in den Reihen der Vertriebenen bereits eine Tendenz zum Verzichtertum, welche all jene bestärkt, die genau darauf gesetzt haben, die Sudetendeutschen müde zu machen?

GERADE VOR DIESEM Hintergrund ist es jedoch erfrischend, zu sehen, wie die Ungarn ihre Kräfte mobilisieren. Auch sie haben wie die Sudetendeutschen nichts anderes als die Ignoranz Europas zu spüren bekommen. Doch sie geben sich nicht damit zufrieden, sondern wollen diese EU, die ihnen gerade als Hort von Recht und Gerechtigkeit verkauft worden ist, beim Wort nehmen. Man wird sehen, wie das Europäische Parlament auf die Petition zur Aufhebung der Beneš-Dekrete reagieren wird. Kann es etwas anderes tun, als den bereits bestehenden Beschluß bekräftigen? In der Politik ist alles möglich. Denn vieles ist im Adenauer'schen Sinn nur das Geschwätz von gestern, das heute keinen mehr kümmert. Daß sich die Politik diesen leichtfertigen Umgang mit der eigenen Glaubwürdigkeit auch heute noch ungestraft leisten kann, steht nur dann außer Zweifel, wenn niemand aufsteht und einen lautstarken Ordnungsruf erteilt.

IN DIESEM SINNE sollten am 19. April vor der slowakischen Botschaft in Wien und dem slowakischen Konsulat in München nicht nur viele Ungarn, sondern mindestens ebenso viel mehr Sudetendeutsche aufmarschieren. Denn: Wer nicht gesehen wird, wird auch nicht gehört!

DAS BILD DER HEIMAT



Blick auf Tichlowitz während der Baumbüte. Tichlowitz ist am rechten Ufer der Elbe gelegen.



Türkei muß entschädigen

(Seite 3)

Dreithaler: Zurück an den Start?

(Seite 5)

Tribüne der Meinungen

(Seiten 5 und 12)

Vertriebenen-Union hofft auf Beitritt von BdV und Landsmannschaft

Für einen schweren Fehler hält der Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV), Massimiliano Lacota, die Entscheidung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Bundes der Vertriebenen, sich nicht der EUFV anzuschließen. Das sagt Lacota im zweiten Teil des Exklusivinterviews mit der „Sudetenpost“ (Teil 1 in Ausgabe 8). Wörtlich beklagt der Chef der Unione degli Istriani (Vereinigung der aus Istrien vertriebenen Italiener), „daß die Gründungsphase der EUFV im vergangenen Jahr nicht mit Wohlwollen beobachtet wurde“. Dabei differenziert er allerdings zwischen der Landsmannschaft und dem BdV: Die Landsmannschaft habe „außer einer langanhaltenden Gleichgültigkeit nicht die eindeutige und unkluge Opposition“ gezeigt, wie sie der BdV an den Tag gelegt

habe. Der BdV-Vorstand hatte bekanntlich mit Mehrheit beschlossen, der EUFV nicht beizutreten, weil rechtsextreme Gruppierungen bei der Gründung mitgemischt hätten. Diesen Vorwurf weist Lacota im Interview kategorisch zurück. Gruppierungen des rechten Spektrums seien an der EUFV „in keinerlei Form beteiligt“. Lacota: „Es handelt sich um Verleumdungen und Falschaussagen, die mit realen Tatsachen nichts gemeinsam haben.“ Er vermutet hinter der Skepsis gegenüber der EUFV auch Konkurrenzdenken und Machtkämpfe. Umso mehr drängt Lacota zur Bündelung der Kräfte: „Bernd Posselt und der Vorstand dieser Organisation, die eine der bedeutsamsten Europas ist, würden einen schwerwiegenden Fehler begehen, wenn sie sich selbst aus der EUFV ausschließen, denn an dem Wachstumsprozeß der sich gegen-

wärtig stark entwickelnden EUFV nicht teilnehmen bedeutet, daß die Verantwortlichen den Veränderungen der Zeit nicht gewachsen und nicht in der Lage sind, die führende Rolle zu spielen, die den großen Vereinigungen wie der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusteht.“ Der EUFV-General hofft, daß sich die „feindselige Haltung bald in einen Dialog und in Aufgeschlossenheit gegenüber dem ‚europäischen Weg‘ verwandelt“. Denn, so Massimiliano Lacota: „Einigkeit macht stark. Das ist der Grundgedanke der EUFV.“ Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich ist ebenso wie der Verband Volksdeutscher Landsmannschaften (VLÖ) der EUFV bereits beigetreten.

Lesen Sie das ausführliche Interview mit Massimiliano Lacota auf Seite 2.

DAS BILD DER HEIMAT



Burgruine Alltitschein. Das Städtchen Alltitschein wurde in Urkunden aus dem 13. und 14. Jahrhundert erstmals erwähnt. Bis Mitte des 16. Jahrhundert gehörte Neutitschein zur Burgherrschaft von Alltitschein. Der Burgberg war immer schon ein beliebtes Ausflugsziel mit herrlichem Blick auf die Stadt Neutitschein und ins Kuhländchen.

„FÜR HEIMAT und Menschenrecht“ – so lautet das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages. Wer wollte da etwas dagegen sagen? Für Heimat – wer könnte Nein dazu sagen. Und Menschenrecht? Da ist auch jeder dafür.

DASS ES FÜR DIE Sudetendeutschen immer, wenn sie von Heimat sprechen, um eine verlorene und geraubte Heimat geht, steht auf einem anderen Blatt, aber nicht auf dem, auf welchem das Motto dieses Sudetendeutschen Tages steht. Das klang schon einmal etwas anders: „Vertreibung ächten – Heimatrecht achten“ hatte 1993 das Motto noch fordernd gelautes. Oder 1999: „Recht auf die Heimat – Baustein für Europa“. In diesen Formulierungen steckte ein normativer Anspruch. Auch in der Aufforderung des Pfingsttreffens 2004, als die Sudetendeutschen noch unzweideutig verlangt hatten: „Menschenrechte achten – Vertreibung ächten“.

HEUER HEISST ES nur mehr: „Für Heimat und Menschenrecht“. Da wird nicht mehr das Achten der Menschenrechte eingefordert, geschweige denn das Achten des Heimatrechtes. Es wird eigentlich gar nichts mehr gefordert, sondern nur noch ein Allerweltsmotto in den Raum gestellt, an dem sich niemand mehr stoßen wird. Nicht, daß die Begriffe Heimat und Menschenrecht zu banal wären, um zentrale Begriffe einer Parole sein zu können. Im Gegenteil: In diesen Begriffen steckt gerade für Vertriebene sehr viel, wenn nicht alles. Aber daß Vertriebene „für Heimat“ und „für Menschenrechte“ sind, dazu bedarf es eigentlich keines Sudetendeutschen Tages, um der Welt dieses mitzuteilen. Die Begriffe Heimat und Menschenrechte wären daher zu verbinden mit konkreten Zielsetzungen, so wie das ja auf früheren Vertriebenentreffen geschehen ist.

ABER IST DAS Motto überhaupt von so großer Bedeutung, daß man sich damit lange auseinandersetzen müßte? Wichtiger als ein Motto ist natürlich auch das, was dann tatsächlich beim Sudetendeutschen Tag gesagt wird. Und letztlich entscheidend sind sowieso immer die Taten und nicht die Worte.

DOCH DIESES 59. Pfingsttreffen wird nicht irgendein Sudetendeutscher Tag sein. Es wird der erste der Nach-Stoiber-Ära und der erste mit dem neuen Sprecher Bernd Posselt und dem neuen Bundesvorsitzenden Franz Pany. Das Motto wird somit auch als eine Art Ansage der neuen Führung verstanden werden. Auch wenn es gar nicht als solche gedacht sein sollte, dann muß die Landsmannschaft davon ausgehen, daß es als solche interpretiert wird. „Für Heimat und Menschenrecht“, das klingt gut – und regt niemanden so auf, wie das 2006er-Motto „Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf Heimat gehört die Zukunft“. Das empfanden manche als aggressiv und löste nicht nur in Tschechien, sondern auch in Deutschland Proteste aus. Heuer besteht diese Gefahr nicht. Die Landsmannschaft – deren neue Führung bislang eigentlich durch gar keine politische Ansage aufgefallen ist – präsentiert sich im Vorfeld des Sudetendeutschen Tages zahmer denn je. Diese Leute sind keine Provokateure, mit denen läßt sich sicher reden. Das Problem ist nur: Es redet keiner der maßgeblichen tschechischen Politiker mit ihnen. Sie werden als Gesprächspartner abgelehnt. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft wird von Prag als irrelevante Institution behandelt.

VOR DIESEM HINTERGRUND ist „zahm“ sein ein riskantes Unterfangen. Es drängt sich die Vermutung auf, daß sich auf „zahm“ nicht ganz zufällig „lahm“ reimt.